

10. März 2018

**Antrag an die Verbandsversammlung
des Regionalverbandes Großraum Braunschweig:****Sozialticket für Bus und Bahn im Braunschweiger Land**

DIE LINKE in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig beantragt die Prüfung der Einführung eines gleitenden Sozialtickets für den ÖPNV im Verbundtarif Region Braunschweig (VRB).

- 1. Die Verbandsversammlung fordert die Verwaltung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig auf, mit den Verbundpartnern ein entsprechendes Konzept im Rahmen des existierenden Verbundtarifs zu entwickeln. Ein abgestimmtes Konzept soll spätestens 2019 eingeführt werden.**
- 2. Das Sozialticket soll ein gleitendes Monatsticket für alle 4 Tarifzonen des gesamten Netzes des Verkehrsverbundes gelten. Es soll für LeistungsbezieherInnen von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II, von laufenden Leistungen nach dem SGB XII, dem AsylbLG sowie von laufender ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) gelten. Ferner soll geprüft werden, inwiefern eine Ausdehnung auf Personen mit geringem Einkommen, Einkommenslose und Erwerbsunfähige ohne Leistungsbezug möglich ist.**
- 3. Der Preis für das Sozialticket muss sich an dem im ALG-II-Regelsatz für Mobilität vorgesehenen Budget orientieren und sollte als gleitendes Monatsticket eingeführt werden.
Kinder und Jugendliche im Alter ab 6 bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (bei direkter oder elternbezogener Berechtigung) sollten lediglich den halben Preis bezahlen (50 % Rabatt). Bis zu einem Alter von 6 Jahren ist die Fahrt schon jetzt kostenfrei.**

